

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

zu dem

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Alle inklusive in Brandenburg“ - Das Bundesteilhabegesetz verbessern

- Drucksache 6/4539 -

Berichterstellerin:

Abgeordnete Sylvia Lehmann (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den oben genannten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der vom Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie beschlossenen Fassung annehmen:

Der Landtag stellt fest:

Das Land Brandenburg ist auf dem Weg zur Inklusion einer der Vorreiter Deutschlands. In den letzten Jahren wurden unter anderem ein Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket entwickelt und umgesetzt, das Landespflegegeld erhöht und die Bauordnung angepasst. Zudem wurde das Landesgleichstellungsgesetz novelliert und an die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gebunden. Aktuell wird das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket fortgeschrieben. All das macht deutlich, dass es ein wichtiges Anliegen und eine notwendige Verpflichtung und Aufgabe für das Land Brandenburg ist, dass hier eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben Realisierung findet und vor allem auch Selbstverständlichkeit werden soll.

Brandenburg sieht sich umso mehr in der Pflicht, sich für ein modernes Teilhabegesetz einzusetzen, welches nachhaltig die Situation von Menschen mit Behinderung verbessert, eine inklusive Gesellschaft fördert und vom Fürsorgesystem wegführt. Das wird es nicht zum Nulltarif geben können. Entsprechende erste positive Schritte in die richtige Richtung, wie zum Beispiel die umfassende Bedarfsfeststellung, die Schaffung des Budgets für Arbeit, die Stärkung der Schwerbehindertenvertretung in Betrieben und Dienststellen, die unabhängige Teilhabeberatung, die Regelung des Schwerbehindertenrechts und die Verbesserung der Einkommens- und Vermögensanrechnung, haben bereits unter Mitwirkung von Betroffenen und Verbänden in den aktuellen Regierungsentwurf des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) Einzug gefunden.

Trotz erster Nachbesserungen des Bundesministeriums im ersten Halbjahr 2016, steht der Entwurf des BTHG nach wie vor in der Kritik von unter anderem Betroffenenverbänden und Selbsthilfeorganisationen. Dies hat auch die Anhörung zum BTHG im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Brandenburger Landtages im September 2016 deutlich gemacht.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich im Bundesrat bezüglich der Ausgestaltung des BTHG für folgende Punkte einzusetzen:

- Ein grundsätzliches Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten ohne Zumutbarkeitsprüfung und Begründungsverpflichtung zu gewährleisten.
- Die Zuordnung zur Pflege oder Eingliederungshilfe muss nach dem individuellen Bedarf und nicht pauschal erfolgen. Daher ist die Schnittstellenproblematik zwischen den Leistungen der Pflegeversicherung, der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe besser zu gestalten. Dafür muss § 91 Abs. 3 SGB IX neu formuliert werden.

- Sich für die Beibehaltung und Stärkung des Vorrangs der ambulanten Leistungserbringung gegenüber einer stationären oder quasi-stationären Versorgung einzusetzen.
- Beim Poolen von Leistungen bedarf es der Zustimmung der Leistungsberechtigten.
- Eine Definition des Personenkreises, welcher alle Menschen mit Behinderungen mit Unterstützungsbedarf einschließt und niemanden von Leistungen der Eingliederungshilfe ausschließt.
- Der Ausschluss von Leistungskürzungen und -einschränkungen. Der Vorrang der Pflegeleistungen ist zwingend abzuschaffen, um den Ausschluss von Eingliederungshilfeleistungen zu verhindern. Leistungen der Pflege und der Eingliederungshilfe sind gleichberechtigt nebeneinander zu gewähren.
- Ein abgestimmtes Verfahrensrecht, das eine zügige Bedarfsermittlung ermöglicht und personenzentrierte bedarfsdeckende Leistungen wie aus einer Hand garantiert. Hierbei ist ein bundesweit einheitliches Anspruchs-, Bedarfs- und Leistungsfeststellungsverfahren auf der Grundlage der ICF zu entwickeln.
- Bessere Teilhabe- und Wahlmöglichkeiten im Arbeitsleben. Die Unterscheidung in „werkstattfähige Menschen“ und „nicht werkstattfähige Menschen“ konterkariert die Paradigmen der UN-BRK und ist aufzuheben.
- Möglichst lückenlos, gemäß der individuellen Bedarfe, von der Frühförderung bis zur Berufsausbildung, die Teilhabe an Bildung zu sichern.
- Eine weitere Verbesserung der Einkommens- und Vermögensanrechnung bei der Leistungsgewährung für die Menschen mit Behinderung bzw. deren PartnerInnen mit dem langfristigen Ziel der vollständigen Einkommens- und Vermögensfreiheit zu erreichen.
- Es ist sicherzustellen, dass Leistungsanbieter neben den Werkstätten, die gleichen hohen Qualitätsstandards zu erfüllen haben wie die Werkstätten. Dies gilt auch für die Anwendung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO).

Die Landesregierung wird gebeten, ähnlich dem Dialogprozess auf Bundesebene zur Entwicklung des Bundesteilhabegesetzes, nach dessen Inkrafttreten einen kontinuierlichen Austausch mit allen Beteiligten zur notwendigen Umsetzung des Gesetzes im Land Brandenburg anzustreben.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Alle inklusive in Brandenburg“ - Das Bundesteilhabegesetz verbessern, Drucksache 6/4539, in seiner 32. Sitzung am 15. Juli 2016 an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Die Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragten am 13. Juli 2016 im Eilverfahren die Durchführung einer öffentlichen Anhörung, welche in der 18. Sitzung am 14. September 2016 stattfand. In der 19. Sitzung am 12. Oktober 2016 beriet der Ausschuss abschließend über den überwiesenen Antrag.

B. Beratung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/4539) zielt darauf ab, dass der Landtag feststellt, dass der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz - BTHG), Bundestags-Drucksache 18/9522, keinen Systemwechsel bedeute. Für Menschen mit Behinderungen würden sich Verschlechterungen im Vergleich zur aktuellen Rechtslage ergeben. In drei Punkten wird die Landesregierung aufgefordert, sich erstens für den Wegfall des eingeschränkten Wunsch- und Wahlrechts in § 104 SGB IX-Kabinettsentwurf für den Bereich der Eingliederungshilfe und die unmittelbare Anwendung des allgemeinen Wunsch- und Wahlrechts nach § 8 Absatz 1 SGB IX-Kabinettsentwurf sowie für die Beibehaltung und Stärkung des Vorrangs der ambulanten Leistungserbringung gegenüber einer stationären oder quasi-stationären Versorgung einzusetzen. Zweitens solle die Landesregierung dafür sorgen, dass ein Zusammenfügen von Teilhabeleistungen nur auf Wunsch der hiervon betroffenen Leistungsberechtigten erfolgen dürfe und diese Einwilligung widerrufen werden könne. Drittens solle sie sich dafür einsetzen, dass eine UN-Behindertenrechtskonvention konforme Anwendung des Behinderungsbegriffs unter Verzicht auf eine Differenzierung zwischen einer erheblichen und einer unerheblichen Behinderung oder Teilhabebeeinträchtigung zum Tragen komme.

Zu der öffentlichen Anhörung in der 18. Sitzung am 14. September 2016 waren mehrere Anzuhörende - Herr Jürgen Dusel, Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung, Frau Marianne Seibert, Vorsitzende des Landesbehindertenbeirates des Landes Brandenburg, Herr Martin Matz, Vorsitzender der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege - Spitzenverbände im Land Brandenburg -, Herr Christian Thomes vom Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V., Leiter für Gesundheits- und Sozialpolitik, Herr Horst Frehe vom Forum behinderter Juristinnen und Juristen sowie Frau Prof. Dr. Gabriele Kuhn-Zuber von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin - zu der Thematik eingeladen.

Einzelne Anzuhörende schilderten die positiven Aspekte in dem Gesetzentwurf. Diese begrüßten beispielsweise die Stärkung der Schwerbehindertenvertretung in Unternehmen und Dienststellen, die dabei helfe, die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz zu verbessern. Der Entwurf habe insbesondere im ersten Teil auch positive Aspekte, was die Koordinations-, Zusammenarbeits- und Abstimmungsverpflichtung betreffe.

Alle Anzuhörenden übten deutliche Kritik an dem Gesetzentwurf. Sie bemängelten sehr viele negative Aspekte, etwa bezüglich des Wunsch- und Wahlrechts, bezüglich der Zusammenlegung von Teilhabeleistungen für mehrere Menschen gleichzeitig („poolen“) sowie bezüglich der Kriterien für einen Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe. Sie zeigten für einzelne Bereiche die möglichen Konsequenzen auf, würde der Gesetzentwurf in der jetzigen Form beschlossen.

Mehrere Anzuhörende betonten, dass der Gesetzentwurf die Wunsch- und Wahlrechte von Menschen mit Behinderungen nicht stärke, sondern die defizitären Regelungen der Sozialhilfe fortschreibe. Der Entwurf verfehle eines der zentralen Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention: Das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung zu stärken, sie teilhaben zu lassen. Es drohe, dass das Wunsch- und Wahlrecht eingeschränkt werde. Das Wunsch- und Wahlrecht nach § 8 SGB IX - künftig - stelle auf die Eignung einer Maßnahme ab, wobei die Frage der Angemessenheit vor allem die Kosten thematisiere. Die inhaltliche Eignung einer Maßnahme sollte im Vordergrund stehen.

Die Zusammenlegung von Teilhabeleistungen („poolen“) wurde ebenfalls mehrheitlich kritisch gesehen und abgelehnt. So könnten nach dem derzeitigen Gesetzentwurf bisher individuelle Leistungen mit den entsprechenden Konsequenzen etwa für Menschen, die eine persönliche Assistenz benötigen würden, später „gepoolt“ werden. Das konterkariere unter anderem die Idee des individuellen Wohnens von Menschen mit Behinderung. Beim „Poolen“ werde nicht geprüft, ob es sinnvoll sei, sondern ob es zumutbar sei. Darüber entscheide der Leistungsträger, auch unter Kostengesichtspunkten. Außerdem verstoße die gemeinsame Leistungserbringung gegen den Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention. Danach hätten Menschen mit Behinderung einen Anspruch auf eine persönliche Assistenz.

Laut Gesetzentwurf müssten fünf oder drei Lebensbereiche betroffen sein, in denen ein Unterstützungsbedarf bestehe, um künftig einen Anspruch auf Leistungen aus der Eingliederungshilfe zu haben. Diese Beschränkung erschien einigen Anzuhörenden willkürlich. Die vorgesehene Konzentration von Eingliederungshilfe allein auf Menschen mit einem komplexen Unterstützungsbedarf in mehreren Lebensbereichen sei unakzeptabel. Das führe dazu, dass Menschen von der Eingliederungshilfe, die sie bisher erhalten hätten, ausgeschlossen würden. Es wurde von Einzelnen gefordert, dass die Anzahl der Kriterien komplett gestrichen werde, da ein einziges Kriterium bereits maßgeblich sein könne. Der leistungsberechtigte Personenkreis sei in § 2 SGB IX ausreichend definiert.

Mehrere Anzuhörende sprachen sich dafür aus, dass die Landesregierung den Gesetzentwurf in der aktuellen Form im Bundesrat ablehnen und sich im Verbund mit anderen Landesregierungen für Änderungen des Entwurfs einsetzen sollte. Ein Anzuhörender wies darauf hin, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wesentliche Punkte aufgreife und dieser hoffentlich zu einem Beschluss im Landtag Brandenburg führe. Hinsichtlich aller besprochenen Themenfelder, der umfangreichen Kritiken und der jeweils im Einzelnen vertretenen Positionen wird auf die Ausführungen im Anhörungsprotokoll (P-AASGFF 6/18) sowie die diesem als Anlagen angefügten schriftlichen Stellungnahmen verwiesen.

Zu der abschließenden Beratung in der 19. Sitzung am 12. Oktober 2016 lag dem Ausschuss ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vom 12. Oktober 2016 für eine Beschlussempfehlung (Anlage) vor. Dieser griff Aspekte des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf und erweiterte diesen um einige weitere Themenfelder, die zum Teil auch in der Anhörung genannt wurden.

Eine Vertreterin der Koalitionsfraktionen betonte, dass die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE die Intention des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgegriffen und mit ihrem gemeinsamen Antrag (Anlage) erweitert hätten.

Eine Vertreterin der CDU-Fraktion erklärte, dass mit der Beschlussempfehlung die Debatte über den Gesetzentwurf auf Bundesebene begleitet und damit einige Aspekte aufgegriffen werden könnten. Die antragstellenden Fraktionen hätten mit ihrem gemeinsamen Beschlussvorschlag Kernpunkte aufgegriffen. Die Aspekte der CDU-Fraktion waren, dass sie gerade auf den individuellen Bedarf noch einmal Wert legen würden. Das habe sich konkret bei dem zweiten Spiegelstrich niedergeschlagen. Die Fraktion hätte noch einmal den Aspekt der Werkstätten eingebracht, dass man bei externen Anbietern nicht andere Standards ansetzen dürfe.

Die Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, dass sie vom Beschlussvorschlag positiv beeindruckt gewesen sei. In diesem seien sehr viele Aspekte des Antrags ihrer Fraktion aufgenommen worden. Dieser sei noch weiter qualifiziert worden. Es sei das gemeinsame Bestreben, dieses Bundesteilhabegesetz doch noch zu einem Erfolg werden zu lassen und die schlimmen Sachen, die sich dort abzeichneten, zu korrigieren. Sie werde dem gemeinsamen Beschlussvorschlag zustimmen. Sie unterbreite den mündlichen Vorschlag, einen weiteren, neuen Spiegelstrich einzufügen: „Sich für die Beibehaltung und Stärkung des Vorrangs der ambulanten Leistungserbringung gegenüber einer stationären oder quasi-stationären Versorgung einzusetzen.“ Es sei ihr und den Betroffenen äußerst wichtig, wenn in dem späteren Beschlussvorschlag noch einmal explizit stehe, dass der Vorrang von einer ambulanten Leistungserbringung gewahrt bleiben müsse.

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den neuen Spiegelstrich nach dem zweiten Spiegelstrich einzufügen und über den so erweiterten Beschlussvorschlag an den Landtag abzustimmen.

Im Ergebnis beschloss der Ausschuss einstimmig mit 8 : 0 : 1 Stimmen, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Alle inklusive in Brandenburg“ - Das Bundesteilhabegesetz verbessern (Drucksache 6/4539) in der vom Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie beschlossenen Fassung anzunehmen.

Sylvia Lehmann
Berichterstatlerin und
Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Anlage

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE für eine Beschlussempfehlung vom 12. Oktober 2016



CDU FRAKTION IM
LANDTAG BRANDENBURG

Anlage

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg



An die Vorsitzende des Ausschusses
für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie
Frau Lehmann
Im Hause

Antrag

der SPD-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE
und der CDU-Fraktion

für eine Beschlussempfehlung

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „All inklusive in Brandenburg“ – Das Bundesteilhabegesetz verbessern (Drucksache 6/4539)

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie möge dem Landtag die Annahme des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „All inklusive in Brandenburg“ – Das Bundesteilhabegesetz verbessern (Drucksache 6/4539) in der folgenden Fassung empfehlen:

Der Landtag stellt fest:

Das Land Brandenburg ist auf dem Weg zur Inklusion einer der Vorreiter Deutschlands. In den letzten Jahren wurden unter anderem ein Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket entwickelt und umgesetzt, das Landespflegegeld erhöht und die Bauordnung angepasst. Zudem wurde das Landesgleichstellungsgesetz novelliert und an die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gebunden. Aktuell wird das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket fortgeschrieben. All das macht deutlich, dass es ein wichtiges Anliegen und eine notwendige Verpflichtung und Aufgabe für das Land Brandenburg ist, dass hier eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben Realisierung findet und vor allem auch Selbstverständlichkeit werden soll.

Brandenburg sieht sich umso mehr in der Pflicht, sich für ein modernes Teilhabegesetz einzusetzen, welches nachhaltig die Situation von Menschen mit Behinderung verbessert, eine inklusive Gesellschaft fördert und vom Fürsorgesystem wegführt. Das wird es nicht zum Nulltarif geben können. Entsprechende erste positive Schritte in die richtige Richtung, wie zum Beispiel die

umfassende Bedarfsfeststellung, die Schaffung des Budgets für Arbeit, die Stärkung der Schwerbehindertenvertretung in Betrieben und Dienststellen, die unabhängige Teilhabeberatung, die Regelung des Schwerbehindertenrechts und die Verbesserung der Einkommens- und Vermögensanrechnung, haben bereits unter Mitwirkung von Betroffenen und Verbänden in den aktuellen Regierungsentwurf des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) Einzug gefunden.

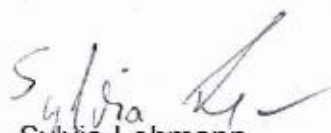
Trotz erster Nachbesserungen des Bundesministeriums im ersten Halbjahr 2016, steht der Entwurf des BTHG nach wie vor in der Kritik von unter anderem Betroffenenverbänden und Selbsthilfeorganisationen. Dies hat auch die Anhörung zum BTHG im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Brandenburger Landtages im September 2016 deutlich gemacht.


Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich im Bundesrat bezüglich der Ausgestaltung des BTHG für folgende Punkte einzusetzen:


- Ein grundsätzliches Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten ohne Zumutbarkeitsprüfung und Begründungsverpflichtung zu gewährleisten.
- Die Zuordnung zur Pflege oder Eingliederungshilfe muss nach dem individuellen Bedarf und nicht pauschal erfolgen. Daher ist die Schnittstellenproblematik zwischen den Leistungen der Pflegeversicherung, der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe besser zu gestalten. Dafür muss § 91 Abs. 3 SGB IX neu formuliert werden.
- Beim Poolen von Leistungen bedarf es der Zustimmung der Leistungsberechtigten.
- Eine Definition des Personenkreises, welcher alle Menschen mit Behinderungen mit Unterstützungsbedarf einschließt und niemanden von Leistungen der Eingliederungshilfe ausschließt.
- Der Ausschluss von Leistungskürzungen und -einschränkungen. Der Vorrang der Pflegeleistungen ist zwingend abzuschaffen, um den Ausschluss von Eingliederungshilfeleistungen zu verhindern. Leistungen der Pflege und der Eingliederungshilfe sind gleichberechtigt nebeneinander zu gewähren.
- Ein abgestimmtes Verfahrensrecht, das eine zügige Bedarfsermittlung ermöglicht und personenzentrierte bedarfsdeckende Leistungen wie aus einer Hand garantiert. Hierbei ist ein bundesweit einheitliches Anspruchs-, Bedarfs- und Leistungsfeststellungsverfahren auf der Grundlage der ICF zu entwickeln.
- Bessere Teilhabe- und Wahlmöglichkeiten im Arbeitsleben. Die Unterscheidung in „werkstattfähige Menschen“ und „nicht werkstattfähige Menschen“ konterkariert die Paradigmen der UN-BRK und ist aufzuheben.
- Möglichst lückenlos, gemäß der individuellen Bedarfe, von der Frühförderung bis zur Berufsausbildung, die Teilhabe an Bildung zu sichern.

- Eine weitere Verbesserung der Einkommens- und Vermögensanrechnung bei der Leistungsgewährung für die Menschen mit Behinderung bzw. deren PartnerInnen mit dem langfristigen Ziel der vollständigen Einkommens- und Vermögensfreiheit zu erreichen.
- Es ist sicherzustellen, dass Leistungsanbieter neben den Werkstätten, die gleichen hohen Qualitätsstandards zu erfüllen haben wie die Werkstätten. Dies gilt auch für die Anwendung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO).

Die Landesregierung wird gebeten, ähnlich dem Dialogprozess auf Bundesebene zur Entwicklung des Bundesteilhabegesetzes, nach dessen Inkrafttreten einen kontinuierlichen Austausch mit allen Beteiligten zur notwendigen Umsetzung des Gesetzes im Land Brandenburg anzustreben.


Sylvia Lehmann
für die Fraktion der SPD


Bettina Fortunato
für die Fraktion DIE LINKE


Roswitha Schier
für die CDU-Fraktion